

Antrag

der Abgeordneten Dr. Rainer Kraft, Karsten Hilse, Marc Bernhard, Steffen Kotré, Petr Bystron, Tino Chrupalla, Markus Frohnmaier, Dr. Alexander Gauland, Stefan Keuter, Matthias Moosdorf, René Springer, Eugen Schmidt, Joachim Wundrak, Carolin Bachmann, Dr. Christina Baum, René Bochmann, Gereon Bollmann, Dirk Brandes, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Kay Gottschalk, Nicole Höchst, Steffen Janich, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Rüdiger Lucassen, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka, Frank Rinck, Bernd Schattner, Dr. Dirk Spaniel, Klaus Stöber, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Keine Abschaltung von Kernkraftwerken – Erst recht nicht in einer neuen Realität

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Der Bezug strategisch wichtiger Rohstoffe, hier vor allem Energieträger, aus Ländern, die, wie etwa Russland, Angriffskriege führen und/oder völkerrechtsverletzende Ansprüche verfolgen, muss hinterfragt werden. Russland ist, auch im Kalten Krieg, seinen Lieferverpflichtungen immer nachgekommen. Die aktuellen Ereignisse schaffen aber eine neue Realität und die Rückkehr brutaler Machtpolitik. Konzentrationen entlang der Lieferketten für strategisch wichtige Rohstoffe schaffen Abhängigkeit und Verwundbarkeit, das Risiko politischer Erpressbarkeit steigt.
 2. Die Kernkraftwerke tragen zur sicheren und unabhängigen Energieversorgung bei. Gerade die deutschen Kernkraftwerke laufen, beziehungsweise liefen, besonders sicher und effizient. Ihre Abschaltung bis Ende 2022 zusammen mit dem Ausstieg aus der Kohleenergie wird die gegenwärtige Energiekrise weiter verschärfen.
 3. Derzeit sind Europa und Deutschland von einer beispiellosen Energieversorgungskrise und sehr hohen Energiekosten betroffen. Die schweren ökonomischen Verfehlungen auf Grund der Maßnahmen der Energiewende mit dem Ausbau der unzuverlässigen, sogenannten erneuerbaren Energien und der damit verbundenen Verknappung der Energieerzeugerkapazitäten durch Kernenergie- und Kohleausstieg wirken sich nun unsozial, wettbewerbsschädlich und auf die Versorgungssicherheit gefährdend aus.

4. Laufzeitverlängerungen der noch laufenden Kernkraftwerke sind bei sehr schnellem Handeln technisch, juristisch und unter Beachtung aller Sicherheitsaspekte für viele Jahre möglich. Die Betreiber benötigen hierzu sofort entsprechende rechtliche Grundlagen und Zusagen der Bundesregierung.
 5. Mit der Laufzeitverlängerung können ganz konkret Erdgaslieferungen ersetzt werden.
- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung gemeinsam mit den Landesregierungen eine Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke zu realisieren,
 2. sofort eindeutige und verbindliche Zusagen an die Kernkraftwerksbetreiber zu geben, dass die Kernkraftwerke bis zu ihrem technisch sinnvollen Lebensende uneingeschränkt betrieben werden dürfen, um so frühzeitig planbar und somit kosteneffizient die Kernbrennstoff- und, soweit notwendig, Personalbeschaffung einzuleiten,
 3. bei der Kernbrennstoffbeschaffung alle Möglichkeiten auszuschöpfen und Hilfestellungen anzubieten, um möglichst frühzeitig die Belieferung mit frischen Brennelementen sicherzustellen sowie
 4. sofort eine Änderung des Atomgesetzes (AtG) und der Begleitregelungen vorzulegen, welche die Laufzeit- und Strommengenbegrenzung für Kernkraftwerke allgemein und das Neuzulassungsverbot solcher Anlagen für die gewerbliche Erzeugung von Elektrizität aufhebt (insbesondere die §§ 1 und 7 AtG).

Berlin, den 11. März 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Durch den völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine und die Waffenlieferungen Deutschlands steigt das Risiko des Lieferausfalls bei Erdgas, Erdöl und Kohle durch Russland, mindestens jedoch ist mit substantiellen Energiekostensteigerungen zu rechnen. Die Beibehaltung möglichst vieler Kernkraftwerkskapazitäten trägt naturgemäß zu einer Milderung bei. Kurzfristig muss unbedingt der Weiterbetrieb möglichst vieler bestehender Kernkraftwerke erfolgen. Entsprechendes prüft die Bundesregierung bereits. Einige Betreiber haben hierfür vorsichtig Bereitschaft signalisiert, wenn sie verbindliche Zusicherungen seitens der Laufzeiten und Strommengen von der Bundesregierung erhalten. So können auch etwaige Sicherheitsvorkehrungen, deren eventuelle Notwendigkeit noch in diesem Jahr leicht festgestellt werden könnte, direkt durch den Stromvertrieb finanziert werden. Da zumindest die noch laufenden Reaktoren die Sicherheit auf stets gleichbleibend hohem Stand nachzuweisen haben, dürften diese Maßnahmen einen sehr begrenzten Umfang haben. Zudem dürften nach Einschätzung der Antragssteller noch große Teile des Personals für diese Reaktoren zur Verfügung stehen. Bei entsprechender Planungssicherheit ist die notwendige Aufstockung des Fachpersonals ebenfalls möglich.

Unter dem Gesichtspunkt einer konstruktiven Hinwendung zu einer Wiederinbetriebnahme bzw. zu einem Weiterbetrieb verfängt somit der Einwand der, wie oben ausgeführt, vermeintlichen Unbestimmtheit des Sicherheitsniveaus der Anlagen oder auch der (zu) knappen Zeit für die Brennstoffbeschaffung nicht („Ist eine Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke noch umsetzbar? Eine Analyse“ <https://ak-energie-naturschutz.de/Downloads>; <https://www.salonkolumnisten.com/this-machine-kills-fascists/>). Obgleich die Betreiber den Abbrand des Kerns relativ zeitgenau auf den bisher vorgesehenen Abschalttermin eingestellt haben, sind hilfsweise durch Betrieb mit niedrigerer Temperatur weitere zwei Monate Laufzeit mit eingeschränkter Leistung und Regelfähigkeit denkbar – zumindest ein Teil des notwendigen neuen Brennstoffs könnte bis dahin angeschafft werden (ebd.). Die höheren Brennstoffkosten sind, gemessen an den erzielbaren Strombörsenpreisen, vergleichsweise gering und können mit Optimierungen bei der Auftragspriorisierung eingedämmt werden. Brennstoffe für deutsche Kernreaktoren stammen i. d. R. aus Kanada, Australien und den USA. Die möglicherweise notwendige Substitution kasachischer Brennstoffe stellt auf Grund der sehr hohen Energiedichte und der damit verbundenen leicht zu realisierenden Bevorratung für Jahre keine Hürde dar.

